

Keynote



Franz Josef Radermacher
Universität Ulm

Im Kontext eines weiterhin massiven Weltbevölkerungswachstums und angesichts großer Verwerfungen im Umfeld der Themen Energie und Klima und damit verbunden der Thematik der Dekarbonisierung stellt sich die Frage der Zukunftsgestaltung in einem zunehmend unübersichtlichen politisch-gesellschaftlichen Umfeld.

Nachhaltigkeit, Ressourcen, Zukunft – sind wir noch zu retten?!

Ist für 10 Milliarden Menschen in 2050, für vielleicht 12 Milliarden Menschen in 2100 eine balancierte, auskömmliche, friedliche und reichhaltige Welt denkbar? Sind die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, der Weltklimavertrag von Paris und ein Marshall-Plan für Afrika umsetzbar? Und wenn nicht, was sind dann die Alternativen? Möglich, wohl sogar wahrscheinlicher, als eine Welt in Balance, ist eine weltweite Zweiklassengesellschaft oder ein ökologischer Kollaps. Dies hängt mit den Möglichkeiten der Aushebelung der Demokratie über Globalisierung zusammen, mit den absehbar gefährlichen Möglichkeiten technischer Intelligenz und technischer Systeme zur Substituierung auch anspruchsvoller Tätigkeit einerseits und Totalkontrolle über den Menschen (Brot und Spiele) andererseits, mit einer eventuellen Klimakatastrophe, aber auch dem sogenannten Trilemma der Globalisierung.

Sind aus zivilisatorischer Sicht abzulehnende Zukünfte zu vermeiden, also etwa Verhältnisse wie nach dem 30-jährigen Krieg oder heute in Indien für die unteren Kasten oder in Brasilien oder Südafrika für eine Großzahl der Menschen, brauchen wir die gleichzeitige Verwirklichung von Markt und Nachhaltigkeit, eine Globalisierung der Demokratie und des Finanzausgleichs, ausreichende ökologisch-soziale Regulierungsconstraints für den Markt und – um das alles zu errei-

chen – wahrscheinlich große Krisen in der richtigen Dosierung und in der richtigen Reihenfolge.

Die Welt steht jedenfalls vor Herausforderungen bisher ungekannten Ausmaßes. Dabei bewegen sich viele Prozesse gleichzeitig in die falsche Richtung. Vieles Irritierende ist in jüngerer Zeit passiert, was für uns in Europa hohe Bedeutung besitzt, so die Brexit-Entscheidung in Großbritannien und die Wahl des neuen US-Präsidenten. Viele Beobachtungen und Überlegungen, die wir im Umfeld Ökosoziale Marktwirtschaft und Globalisierung seit langem thematisieren, haben dabei eine Rolle gespielt. Einerseits die sich weiter öffnende Einkommensschere in den sich entwickelnden Ländern, andererseits asymmetrische Verteilungseffekte des Welthandels. So haben Großbritannien und die USA die schlechteste soziale Balance innerhalb der OECD-Staaten – das konnte auf Dauer nicht gutgehen. Und vom Welthandel und offenen Märkten profitieren natürlich nicht alle – auch wenn das aus den Wirtschaftswissenschaften heraus mit einem in der Sache völlig unreflektierten Bezug auf Ricardo immer wieder gerne behauptet wird. So, wie die Regulierungen heute aussehen, gibt es vielmehr kleine Gruppen, die in Folge der Globalisierung und der offenen Märkte massiv gewinnen und viele Bürger, die relativ, teils sogar absolut, verlieren. Nur eine

konsequente weltweite ökologisch soziale Marktordnung, die auch substantielle Transfers beinhalten muss, kann das korrigieren. Das Weltwirtschaftsforum in Davos hat Anfang des Jahres die soziale Spaltung der Welt neben den Umweltkrisen als die größte Gefahr für eine offene, internationale Gesellschaft und unsere gemeinsame Zukunft identifiziert. Das adressieren wir im Club of Rome, der Global Marshall Plan Initiative und dem Senat der Wirtschaft seit vielen Jahren intensiv.

Wie schon erwähnt, ist es bei dieser Ausgangslage nicht entschieden, ob eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann. Die Weltgemeinschaft hat großartige Pläne verabschiedet, aber vielleicht sind das, wie so oft, nur „Worte“ bzw. Absichtserklärungen. Die Umsetzung ist das eigentliche Thema. Dieses führt erneut auf ökosoziale Regulierungserfordernisse.

Die massiv zunehmenden Migrationsströme der letzten Jahre weisen auf eine zunehmende Problematik hin, ebenso die beobachtbaren Erosionstendenzen in der EU und der Rückfall in einzelstaatliche Aktionsmuster. Der Bereich der Ökonomie, der Finanzsektor und insbesondere dessen internationale Regulierung besitzen in diesem Kontext eine Schlüsselrolle. Spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde allgemein klar, dass freie Märkte und ein Finanzkapitalismus die bestehenden Herausforderungen nicht zu bewältigen in der Lage sind. Vielmehr erfordert die eingetretene Globalisierung des Ökonomischen aus einer ordoliberalen Sicht entsprechende globale Governance-Strukturen für die Weltmärkte. Die Frage ist, wie diese aussehen sollen. Ist es mit Blick auf das Jahr 2050 überhaupt möglich, basierend auf einer Marktwirtschaft einen breiten Wohlstand für 10 Milliarden Menschen hervorzubringen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen? Und sollte die Weltbevölkerung bis 2100 wirklich auf 12 Milliarden Menschen ansteigen und sich die Größe der afrikanischen Bevölkerung bis dahin mehr als verdreifachen, dann ist die Frage, wie das gutgehen soll?



Das sind Schicksalsfragen im Kontext von Nachhaltigkeit, für die mit dem Konzept einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft eine facettenreiche und detailliert untersuchte Antwort vorliegt. Die Bücher der Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz „Der Preis der Ungleichheit: Wie Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht“ und Al Gore „The Future - Six Drivers Of Global Change“ argumentieren in diese Richtung, ebenso die Arbeiten des von George Soros, einem der größten Finanzmarktexperten unserer Zeit, etablierten „Institute for New Economic Thinking“. Spannend in diesem Kontext ist auch das Grundsatzwerk von Thomas Piketty „Capital in the 21st Century“ zu den Verteilungsfragen im Einkommens- und Vermögensbereich mit Blick auf die ganz kleinen Spitzensegmente. Eine bessere Art von Wirtschaftssystem erfordert u.a. eine deutlich striktere Regulierung des Weltfinanzsystems und eine konsequente „Einhegung“ von Steuerparadiesen und Offshore-Bankstrukturen und Schritte in Richtung weltweiter sozialer Ausgleichsmechanismen (Minimal Daily Allowance) zur Überwindung von Hunger und Armut.

Die aktuellen Aktivitäten der OECD für eine stringenteren Besteuerung grenzüberschreitender ökonomischer Aktivitäten zielen glücklicherweise in die oben beschriebene Richtung der adäquaten Besteuerung grenzüberschreitender Prozesse

und das gilt ebenso für die deutlich intensivierten internationalen Aktivitäten zur Einhegung von Steuerparadiesen. Wichtig ist in diesem Kontext auch das Eintreten von UN, Weltbank und OECD für „green and inclusive markets“ und „green and inclusive growth“. Dies ist die angelsächsische Formulierung des ökosozialen Programms. Den Worten müssen nun allerdings Taten folgen.

Der Zugriff auf Ressourcen und das Recht auf Erzeugung von Umweltbelastungen werden unter den beschriebenen Gegebenheiten immer mehr zu einem zentralen Thema. Ohne Ressourcenzugriff kein Wohlstand! Und Kollaps bei übermäßigem Zugriff. Wer kann, wer darf auf Ressourcen in welchem Umfang zugreifen? Das kann eine Frage von Krieg und Frieden werden. Die Ressourcenfrage ist deshalb im Kontext der vorgenommenen Analysen von zentraler Bedeutung. Denn immer mehr Akteure greifen immer schneller auf die Ressourcen zu. So hat China in den letzten 10 Jahren mehr Beton verbaut als die USA in ihrer gesamten Historie. Der Materialverbrauch an Zement, Kalk, Sand, Kies, Stahl etc. ist gigantisch und die Klimaauswirkungen sind extrem. Überall sind heute in der Ressourcenverfügbarkeit Engpässe in Sicht.

Der sogenannte ökologische Fußabdruck der Menschheit liegt heute bei etwa 1,5 Globen. Fast die Hälfte davon entfällt auf den Klimagasfußabdruck. Das ist eine hypothetische Größe. Sie beinhaltet ein Äquivalent für die zusätzlichen biologisch produktiven Flächen, die wir benötigen würden, wenn wir alle überzähligen CO₂-Emissionen über biologische Sequestrierung, z. B. Aufforstung oder Humusbildung, würden kompensieren wollen. Heute tun wir das nicht. Der Preis, den wir dafür zahlen müssen, ist die sich aufbauende Klimakatastrophe, die insbesondere die Ärmsten auf dem Globus treffen wird. Viele davon leben an solchen Stellen der Erde, an denen die Hitze teilweise ohnehin schon heute unerträglich ist. Der Weg Chinas zu mehr Wohlstand kann deshalb nicht an anderen Stellen der Welt, z. B. in Afrika oder Südostasien, mit demselben Ressourcenaufwand wie in China wiederholt

werden. Wir benötigen neue Lösungen. Die Kompensation von CO₂-Emissionen auf freiwilliger Basis durch unterschiedlichste Akteure kann ein Beitrag dafür sein.

Offenbar braucht die Ressourcenfrage neue Ansätze. Welche Ideen sind dazu im Raum, z. B. für die Entwicklung in Afrika? Die Ernährungsfrage in Afrika mit der rasch wachsenden Bevölkerung erfordert ganz neue Ansätze, z. B. die Umkehrung der Wüstenbildung durch neue Ansätze. Einen Schlüssel wird die Entsalzung von salzhaltigem Grundwasser bzw. von Meereswasser auf Basis preiswerter, erneuerbarer Energie aus der Sahara bilden. Millionen Hektar von Boden werden über Humusbildung CO₂ binden (Negativemissionen) und es gleichzeitig erlauben, die Produktivität in der Landwirtschaft in Afrika zu verdreifachen. Perspektivisch sind klimaneutrale Kraftstoffe (Benzin / Diesel) auf Methanolbasis, die wieder wesentlich auf der Nutzung erneuerbarer Energien basieren, Teil eines klugen Zukunftsprogramms. Zentral sind auch Aufforstprogramme in den Tropen, in Afrika potentiell auf 100 Millionen Hektar und mehr an degradierten Böden. Wieder geht es um Negativemissionen für Klimaneutralität, aber ganz besonders auch um Holz als erneuerbare Ressource. Holz muss eine wesentliche materielle Basis für mehr Wohlstand für immer mehr Menschen werden. Es hilft, dass moderne Hightech-artige Methoden der Holzverwendung größte Potentiale eröffnen – bis hin zum Hochhausbau, aber beispielsweise auch für die Kleiderproduktion. Fasern aus Holz sind heute als weicherer Material verfügbarer als Baumwolle.

Das Klimathema ist offenbar besonders problematisch. Wenn Dekarbonisierung in Form einer Enteignung der Besitzer großer Depots an fossiler Energie versucht werden sollte, sind massive Gegenreaktionen und extreme ökonomische Verwerfungen zu erwarten. Wir brauchen intelligentere Lösungen statt der zunehmenden Klima-Planwirtschaft. Dazu zählen in erster Linie technische Innovationen und kluge Formen der Zusammenarbeit mit sich entwickelnden Ländern, z.B. in Nordafrika. Synthetische klimaneutrale Kraftstoffe, z.B. auf



Basis von Methanol, sind, wie oben schon erwähnt, ein solcher Ansatz. Die leicht erschließbare Solarenergie, z.B. aus der Sahara, und ein enormes Potential zur Erzeugung von Negativemissionen im biologischen Bereich (großflächige Aufforstung und Humusbildung) bieten international attraktive Ansätze, um in Bezug auf die Klimafrage dringend benötigte Zeit für weitere Technologieentwicklungen und deren Umsetzung zu gewinnen. Sie liegen auch im Zentrum des unter Koordinierung durch das FAW/n in Zusammenarbeit von Club of Rome und Senat der Wirtschaft entstandenen Vorschlags für einen Marshall Plan mit Afrika (<http://www.faw-neu-ulm.de>, <http://www.senat-deutschland.de/>, <http://www.senatsinstitut.de/>, <http://www.clubofrome.de/> und <http://www.clubofrome.org/>), zu dem es auch eine entsprechende Programmatik des Deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gibt (<http://www.marshallplan-mit-afrika.de>). Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf ein interessantes neues Buch des zuständigen deutschen Ministers Dr. Gerd Müller zum Thema¹.

Ein wichtiger Baustein ist in diesem Kontext die Idee der freiwilligen Klimaneutralität von Akteuren des Privatsektors und weiterer Interessierter, z.B. von Städten und Gemeinden, u. a. herbeigeführt über die Förderung von internationalen Projekten zur Humusbildung wie von Projekten zur Förderung eines weltweiten Wald- und Landschaftsrestaurierungsprogramm auf bis zu 1000 Millionen Hektar degradierten Böden in den Tropen bis zum Jahr 2050. Dieses würde Wohlstandsentwicklung in sich entwickelnden Ländern mit einer Partnerschaft im Klimaschutz und Umweltbereich verbinden.

Zusammenfassung

Die internationale Lage ist extrem schwierig. Wenn sie überhaupt noch positiv gestaltet werden soll, werden technische Innovationen und kluge politische Aktivitäten erforderlich sein, um das Ziel zu erreichen. Insbesondere die Ressourcenfrage erfordert neue Ansätze.

¹ Gerd Müller: UNFAIR – Für eine gerechte Globalisierung. Murmann, 2017